

## Die Zukunft der transatlantischen Beziehungen - Gemeinsame Antwort auf gemeinsame Bedrohungen?

### 1. Empirische Analyse

**· Gemeinsame Antworten kann man nur suchen – und finden –, wenn man über eine gemeinsame Bedrohungsanalyse verfügt. Wir haben darüber schon heute Vormittag gesprochen. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit in diesem Zusammenhang auf eine Studie lenken, die dieser Frage empirisch nachgeht – und zwar in einem Umfang, den meines Wissens nach keine andere Untersuchung erreicht. Ich meine die „Transatlantic Trends“, eine jährliche Umfrage des German Marshall Funds und mehrerer europäischer Kooperationspartner. Dabei werden jedes Jahr jeweils 1000 Personen in den USA, der Türkei und neun EU-Staaten befragt, darunter neben Deutschland, Frankreich und Großbritannien auch Polen.**

· Die Ergebnisse der jüngsten verfügbaren Studie von 2005 sind für unsere Konferenz von Bedeutung. Sie helfen uns den Rahmen möglicher Kooperation abzustecken und Differenzen in der Gefahrenwahrnehmung wie in der politischen Kultur der Problembewältigung zu erkennen. Ich möchte daher einige Ergebnisse nennen.

· Bei der Gefahrenwahrnehmung ergibt sich seit Jahren ein Bild frappierender Übereinstimmung auf beiden Seiten des Atlantiks, ob nach der Bedrohung durch internationalen Terrorismus, Nuklearwaffen oder islamischen Fundamentalismus gefragt wird („Sehen Sie dies als ernst zu nehmende Bedrohung an?“). 2005 ist die entsprechende Frage daher noch einmal verschärft worden:

„Wie wahrscheinlich ist es, dass Sie persönlich in den kommenden zehn Jahren von der folgenden Bedrohung betroffen sein werden?“ Nun zeigen sich doch einige Differenzen:

- 71 Prozent der Amerikaner nennen als Antwort den Terrorismus, aber nur 53 Prozent der Europäer

- Auch Nuklearwaffen, Immigration, Islamischer Fundamentalismus und Infektionskrankheiten wie Aids werden jeweils von markant mehr Amerikanern als Europäern als Bedrohung angesehen

- Nur bei einer Gefahr sind Europäer besorgter als Amerikaner: der globalen Erderwärmung (73 Prozent EU vs. 64 Prozent USA)

Schlussfolgerung: Eine transatlantische Agenda muss beiden Seiten gerecht werden.

Solange sich die USA beim Klimaschutz nicht bewegen, stellen Sie die europäische Solidarität bei anderen für sie relevanten Themen in Frage (wie z.B. Datenaustausch im Kampf gegen den Terror).

· Noch größer sind die Unterschiede, wenn nach einer Führungsrolle der USA gefragt wird:

- 44 Prozent der Amerikaner halten das für „sehr wünschenswert“, 40 Prozent für „wünschenswert“, zusammen 84 Prozent

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

## POLEN

THOMAS GUTSCHKER

Juli 2006

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

- Hingegen halten eine solche Rolle nur 8 Prozent der Europäer für „sehr wünschenswert“ (D 5 Prozent, PL 7 Prozent), und 31 Prozent für wünschenswert (D 34 Prozent, PL 35 Prozent) – zusammen weniger als die Hälfte der Amerikaner

- Identisch sind hingegen die Erwartungen an die EU: Sowohl Europäer (79 Prozent – D 76 Prozent, PL 70 Prozent) als auch Amerikaner (73 Prozent) wünschen sich eine starke Führung der EU. 70 Prozent der Europäer (D 68 Prozent, PL 71 Prozent) wollen sogar, dass die EU zur „Supermacht“ aufsteigt (USA 41 Prozent) – allerdings mit einer wichtigen Einschränkung: Wenn der Aufstieg zur Supermacht höhere Militärausgaben bedeutet, wird er nur noch von 44 Prozent der Europäer (D 35 Prozent, PL 44 Prozent) befürwortet, aber von 80 Prozent der Amerikaner.

Schlussfolgerung: Die amerikanischen Zahlen lassen nicht eben auf isolationistische Tendenzen schließen, die dem Land bisweilen unterstellt werden. Zugleich sehen die USA Europa als natürlichen Kooperationspartner, von dem sie sich mehr Engagement erwarten.

Hingegen dominieren umgekehrt ein gewisses Konkurrenzverhältnis und Misstrauen die Wahrnehmung. Hier schlägt sich auch nieder, dass beide Seiten verschiedene Prioritäten verfolgen. Auffällig ist außerdem das Missverhältnis zwischen europäischem Supermacht-Anspruch und der Bereitschaft, die damit verbundenen Kosten zu tragen.

· Zu dieser Diagnose passt, dass 55 Prozent der Europäer wollen, dass die EU in Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik eine „unabhängigere Haltung“ gegenüber den USA einnimmt, während 30 Prozent für engere Beziehungen eintreten. Dieser Wunsch nach mehr Distanz schlägt sich auch in der Beurteilung der Nato nieder. Zwar wird sie weiterhin auf beiden Seiten des Atlantiks für bedeutsam gehalten (EU 57 Prozent – USA 60 Prozent). Doch fällt im historischen Vergleich auf, dass sich der amerikanische Wert kaum verändert hat, während die Zustimmung europäischer Staaten seit 2002 konti-

nuierlich gefallen ist (von 69 auf 56 Prozent):

- in D von 74 auf 59 Prozent

- GB von 76 auf 66 Prozent

- in I von 68 auf 52 Prozent

- in PL von 64 auf 48 Prozent

Schlussfolgerung: Auch wenn sich in diesen Zahlen ein gewisser machtpolitischer Realismus niederschlägt, der mit dem Vorgehen der USA im Irakkrieg zu tun hat, sollte die Erosion der Zustimmung zum Bündnis beiden Seiten – und der Nato selbst – ein Warnsignal sein. Als einzige vertragsmäßige Kooperation zwischen Europa und den USA wird die Stärke und Relevanz der Nato zentral sein, wenn beide Seiten nach gemeinsamen Antworten auf gemeinsam Bedrohungen suchen.

· Dass es durchaus noch Potential für gemeinsame Strategien gibt, erweist eine weitere Frage, deren Antworten vorderhand überraschend ausfallen: Es geht um die Förderung der Demokratie in anderen Ländern. 51 Prozent der Amerikaner halten das für eine Aufgabe ihrer Regierung, gegenüber 74 Prozent (!) der Europäer.

· Naturgemäß ist die Zustimmung für „sanftere Methoden“ wie Wahlbeobachtung deutlich höher als die für Sanktionen oder gar militärische Interventionen. Der Fall Iran dürfte hier für beide Seiten der Testfall sein, ob und inwieweit es gelingt, diese Grundhaltung pro Demokratisierung in praktische Politik umzumünzen.

## **2. Eine Herausforderung der Zukunft: Energiepolitik – oder das Verhältnis zu Russland**

· Als zweites möchte ich ein Thema ansprechen, dass in den „Transatlantic Trends“ nicht vorkommt, aber in der tagespolitischen Debatte in und zwischen unseren Ländern eine immer größere Rolle einnimmt: die Energiepolitik.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLEN**

THOMAS GUTSCHKER

Juli 2006

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

· Wie Sie wissen, hat es gerade auf diesem Feld erhebliche Irritationen zwischen Deutschland und Polen gegeben – wegen der Ostseepipeline. Der polnische Verteidigungsminister Sikorski hat diese Pipeline sogar mit dem Hitler-Stalin-Pakt verglichen. Das war sicherlich in jeder Hinsicht unangemessen. Aber ich verstehe durchaus, dass man in Polen verärgert ist über die Art und Weise, wie der Pipeline- Vertrag zustande gekommen ist, nämlich ohne Konsultation mit den bisherigen Transitländern. Sie sollten aber auch sehen, dass dieser Vertrag in Deutschland selbst umstritten war und besonders von der heutigen Regierung angegriffen wurde, als sie noch in der Opposition war.

· Deshalb hat Bundeskanzlerin Merkel Ende vergangenen Jahres Polen vorgeschlagen, es an der Ausgestaltung der Verträge zu beteiligen. Hier sind mehrere Varianten denkbar, von einer Beteiligung am Bau und Betrieb der Unterwasserleitung bis zu einer Abzweigung nach Polen, um dort die Versorgung sicherzustellen. Wie immer man dies ausgestaltet, wäre eine Multilateralisierung des Projekts aus meiner Sicht sowohl im polnischen als auch im deutschen Interesse. Nach dem Gaskonflikt zwischen Moskau und Kiew Anfang des Jahres – der sich im nächsten Winter wiederholen dürfte – ist klar, dass Russland seine Energiereserven als Mittel der Außenpolitik einsetzt. Je mehr Partner aber von einer Maßnahme betroffen sind, desto größer und ineffizienter wird dieses Mittel in russischer Hand. Darüber hinaus ist das Verteilernetz für Energie in Europa schon heute ein transeuropäisches, so dass auch die Energiepolitik immer mehr eine Aufgabe der EU werden muss.

· Vor diesem Hintergrund ist es in Deutschland sehr begrüßt worden, dass Anfang Mai aus dem Umfeld der Regierung Signale ausgesandt wurden, die eine Beteiligung Polens an der Pipeline in Aussicht stellten. Dass Ministerpräsident Marcinkiewicz dies jedoch wieder zurücknahm, trifft auf Unverständnis. Wenn die polnische Regierung ernst genommen werden will, sollte sie auf das Kooperationsangebot eingehen, statt einen Opferkomplex zu kultivieren.

· Ich möchte in diesem Zusammenhang noch ein weiteres Stichwort erörtern: Der polnische Präsident Kaczynski hat sich Anfang März für eine „Energie-Nato“ ausgesprochen, also für einen Beistandspakt der Allianzmitglieder für den Fall, dass eines oder mehrere Mitglieder in ihrer Energiesicherheit bedroht sind – allerdings unter Ausschluss militärischer Mittel. Dieser Vorschlag scheint die logische Konsequenz aus der Erpressung der Ukraine Anfang des Jahres zu sein. Trotzdem lohnt es sich, genauer darüber nachzudenken: Wäre eine „Energie-Nato“ wirklich die Lösung des Problems?

· Man kann die Frage auch anders stellen: Was hätten die Mitglieder in der Allianz in der Hand, um einen Erpressungsversuch Russlands abzuwehren. Sicher, sie können sich für kurze Zeit gegenseitig mit ihren Vorräten aushelfen. Doch die wären schnell aufgebraucht, und die eigenen Energiequellen reichen schon heute bei weitem nicht aus, um den eigenen Bedarf zu decken. Russland kommt schon heute für etwa die Hälfte des in der EU verbrauchten Erdgases und für 20 Prozent des Rohöls auf. Auch für die USA hat Russland seit 2004 Saudi-Arabien als wichtigsten Öllieferanten abgelöst. Dass die Amerikaner bei einem Versorgungsausfall in Europa einspringen, ist wegen der großen Entfernung schwer vorstellbar. Anders als bei der existierenden Nato können sie im Fall der Energieversorgung gerade keine Sicherheitsgarantie bieten.

· Die Abhängigkeit von Russland ist also nicht zu leugnen, schlimmer noch: Sie wird nach den Projektionen der Internationalen Energieagentur sogar noch zunehmen, weil der Bedarf des Westens steigt, während seine eigenen Ressourcen schwinden. Selbst wenn Europa mehr eigene Pipelines baut, die Russland umgehen und das kaspische Becken erschließen, selbst wenn es konsequent die Flüssiggastechnologie fördert, wird es seine Abhängigkeit von Russland nicht los werden.

· Allerdings ist diese Abhängigkeit keine Einbahnstraße. Russland exportiert heute 78 Prozent seines Rohöls und mehr als 90 Prozent seines Erdgases nach Europa. Das gesamte Leitungssystem ist nach Westen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**POLEN**

THOMAS GUTSCHKER

Juli 2006

[www.kas.de/polen](http://www.kas.de/polen)

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ausgerichtet. Wenn es hier zu einer Unterbrechung kommt, wird auch Moskau die Folgen spüren. Zwei Drittel des russischen Staatshaushaltes werden aus den Energieexporten finanziert.

· Diese wechselseitige Abhängigkeit spricht aus meiner Sicht für Konsultationsmechanismen, die Russland einbeziehen. Aus westlicher Ansicht kann es nur darum gehen, die Verflechtung mit Russland so weit zu treiben, dass ein Lieferstopp für Moskau immer schwieriger und teurer würde. Wie geht das? Westliche Unternehmen müssen signifikante Beteiligungen an russischen Konzernen im Energiegeschäft erwerben. Außerdem sollten sie noch stärker versuchen, Förderlizenzen zu erwerben und ihren Anteil in Konsortien zu erhöhen. Ein wichtiges Anliegen ist auch, dass Russland endlich die 1994 beschlossene Energiecharta ratifiziert.

· Der deutsche Außenminister Steinmeier hat statt einer „Energie-Nato“ eine „Energie-KSZE“ vorgeschlagen, um erstens den Kreis der teilnehmenden Staaten zu erweitern und zweitens Russland als Teilnehmer zu integrieren. Dies scheint mir der richtige Weg zu sein. Europa muss im Verhältnis zu Russland auf einem feinen Grat wandeln: Einerseits ist es zu abhängig, um die Konfrontation zu suchen. Wenn sich Russland grundsätzlich vom Westen zurückgestoßen sieht, wird es seine asiatische Option verwirklichen – auch und gerade im Energiesektor. Im Westen ist aufmerksam registriert worden, dass Russland und China im März 2006 Vorvereinbarungen über den Bau einer oder zweier Pipelines in das Reich der Mitte getroffen haben (von Ostsibirien bzw. Altai aus). Schon heute ist klar, dass die Ressourcen Westsibiriens nicht ausreichen werden, den europäischen Bedarf über das Jahr 2020 hinaus zu stillen. Um die – noch unerschlossenen

– Vorkommen Ostsibiriens wird Europa mit Asien konkurrieren müssen. Experten sagen voraus, dass im Umfeld der Schanghai-Organisation für Zusammenarbeit ein Kartell entstehen könnte, das die Marktmacht der Opec-Staaten bei weitem übertrifft. Dies

wird sich nur verhindern lassen, wenn Russland im Westen eingebunden ist.

· Andererseits ist Europa keineswegs zu einem politischen Schmusekurs gegenüber Russland verpflichtet. Der frühere Bundeskanzler Schröder hat hier sicher einen falschen Weg beschritten, den auch viele Deutsche als peinlich empfunden haben. Die neue Regierung Merkel hat da manche Fehlentwicklung korrigiert.

· Lassen Sie es mich zum Abschluss so formulieren: Deutschland und Polen können im Umgang mit Moskau durchaus voneinander lernen – die Deutschen, indem sie den russischen Machtanspruch realistisch einschätzen; die Polen, indem sie trotz aller historischen Vorbelastung die Kooperation suchen.